

Steigendes Gründungsinteresse nutzen – Deutschland braucht mehr Unternehmensgründungen

Wachsende Unsicherheiten im Außenhandel, Technologiesprünge und Digitalisierung sowie konjunkturelle Abkühlung – Unternehmen in Deutschland stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Innovative und kreative unternehmerische Lösungen sind in solchen Umbruchzeiten gefragter denn je. Zugleich hinkt Deutschland bei den Gründungszahlen seit Jahren anderen Industrienationen hinterher. Neue Unternehmen sind aber wichtige Impulsgeber für Innovation. Die Bundesregierung will – unterstützt auch vom DIHK – mit einer Gründungsoffensive gegensteuern und in der Bevölkerung für eine positivere Einstellung zum Unternehmertum sorgen. Bislang will der „Unternehmerfunke“ noch nicht wirklich zünden. Gründerinnen und Gründer bemängeln vor allem ein Übermaß an Bürokratie, wie der jüngste [DIHK-Gründerreport](#) zeigt. Die Umfrage beruht auf den Erfahrungen, die die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) bei rund 200.000 Kontakten aus Einstiegsgesprächen, Beratungen, Seminaren und anderen Veranstaltungen gesammelt haben.

Mehr Gespräche über Gründungen, aber weniger konkrete Geschäftskonzepte

Dabei gibt es auch gute Nachrichten: Das Interesse am Schritt in die Selbstständigkeit steigt. Im Jahr 2018 nahmen deutliche 28 Prozent mehr Interessenten als im Vorjahr an IHK-Seminaren zur Unternehmensgründung teil, insgesamt waren es 22.351. Über 60.000 Teilnehmer registrierten die IHKs bei ihren Gründertagen, bei denen sich viele potenzielle Gründer erstmalig informieren. Trotzdem ist vorerst nicht mit mehr Unternehmensgründungen zu rechnen. Denn wenn es um konkrete Geschäftskonzepte geht, ist die Zahl der Interessierten rückläufig (minus 9 Prozent, bei insgesamt 30.929 Teilnehmern in IHK-Gründungsberatungen).

Gute Alternativen hemmen Anreize für Gründungen

Die Entscheidung, ein eigenes Unternehmen ins Leben zu rufen, wird immer auch von den Alternativen beeinflusst. Aufgrund der jahrelang guten Konjunktur liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten derzeit auf einem Höchstwert von circa 33 Millionen – Gründung als „Notalternative“ hat deshalb derzeit keine Konjunktur. Zudem bremst der zunehmende Fachkräftemangel die Gründungsdynamik. Gerade gut qualifizierte Fachkräfte können bei Arbeitgebern günstige Konditionen aushandeln, was die Attraktivität einer unternehmerischen Selbstständigkeit mindert.

Hindernis: zu hohe Büro- kratie

Hürden auf dem Weg zum eigenen Unternehmen sehen 57 Prozent der Existenzgründer in komplizierten Formularen und Genehmigungs- sowie Antragswegen. Viel Ärger bereitet vor allem die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Weitere Hemmnisse: ein belastendes Steuersystem (51 Prozent), zu komplizierte Förderinstrumente (46 Prozent), eine nicht wettbewerbsfähige IT-Infrastruktur (21 Prozent), mangelnde Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Vollerwerbstätigkeit (ebenfalls 21 Prozent) sowie ein zu enger Zugang zu Fremdkapital (16 Prozent) und Beteiligungskapital (14 Prozent).

Doppelstrategie notwendig

Damit das aufkommende Interesse wirklich zu mehr Gründungen führt, ist eine Doppelstrategie notwendig. Erstens: Weiter intensiv über Unternehmertum informieren! Zweitens: Rahmenbedingungen verbessern! Hier hat die Bundesregierung mit dem Entwurf zum Bürokratieabbau-gesetz III erste Maßnahmen vorgeschlagen. Umsatzsteuervoranmeldungen müssen von Gründern zunächst nur vierteljährlich statt monatlich abgegeben werden. Außerdem wird die Grenze, ab der Unternehmer Umsatzsteuer abführen müssen, von 17.500 auf 22.000 Euro Vorjahresumsatz angehoben. Diesen Verbesserungen müssen weitere entlastende Schritte folgen: etwa One-Stop-Shops, bei denen Gründer sämtliche Anträge online erledigen können, eine endlich einfache und gründerfreundliche Umsetzung der DSGVO, eine deutliche Vereinfachung von Förderinstrumenten für Gründer sowie ein besserer Zugang zu öffentlicher und privater Teilnehmungsfinanzierung. Ein ausgebauter Markt für Wagniskapital ist insbesondere für innovative Start-ups wichtig und würde auch das Wachstum solcher Unternehmen am Standort Deutschland ermöglichen.